

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

188 (14.8.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkassier monatl. 90 S., 1/2jährl. 2,70 M., Dugetellt durch unsere Träger 1 M., bezw. 8 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,06 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags, Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 S., Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Die Angst der Entente vor Stockholm.

Karlsruhe, 14. Aug. 1917.

Der mit großer Mehrheit gefasste Beschluß der englischen Arbeiterpartei, sich an der Stockholmer Konferenz zu beteiligen, hat bei den Ententeregierungen nicht geringe Ueberraschung hervorgerufen. Die größte Enttäuschung brachte dieser Beschluß aber für den englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, der, wie aus seinem an Genderson gerichteten Briefe deutlich hervorgeht, eher mit dem Gegenteil gerechnet hatte.

Genderson hat bei seiner Anwesenheit in Rußland Einträge genommen, die ihm die Beteiligung der englischen Arbeiterpartei an der Stockholmer Konferenz geraten erschienen ließen. Später ließ er sich freilich wieder umstimmen, so daß Lloyd George der Meinung war, Genderson werde seinen Einfluß bei der englischen Arbeiterpartei gegen die Besichtigung der Konferenz geltend machen. Er glaubte offenbar damit um so bestimmter rechnen zu können, als die neue russische Regierung in einem an ihn (Lloyd George) gerichteten Schreiben zu erkennen gab, daß sie der Stockholmer Konferenz keine besondere Bedeutung mehr belege, jedenfalls aber deren etwaige Beschlüsse nicht für bindend erachte.

Genderson hatte durch Lloyd George Kenntnis von diesem Schreiben der russischen Regierung erhalten. Wenn er trotzdem für die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz eintrat und durch diese Haltung sich als Mitglied des Kabinetts Lloyd Georges unmöglich machte, so müssen dafür besondere Gründe maßgebend sein, über die man wohl in Wäde Röhres zu hören bekommen wird. Einmalen darf man wohl die Tatsache als beachtenswert buchen, daß die englische Arbeiterpartei sich an der Stockholmer Konferenz beteiligen wird — vorausgesetzt, daß die Delegierten die Pässe erhalten und die Seelente den Transport nicht wieder verweigern — und daß dieser Beschluß mit großer Mehrheit gefasst wurde, obwohl die Kollegen Gendersons im Ministerium sich entschieden gegen die Besichtigung der Konferenz ausgesprochen haben.

Welche Wirkung dieser Beschluß und der in seinem Gefolge eingetretene Rücktritt Gendersons von der Regierung in Frankreich haben wird, wird sich bald zeigen. Auf keinem Fall wird dadurch die Stellung des französischen Munitionsministers Thomas gestiftet. Auch dieser sozialistische Minister hat sich — allerdings unter bestimmten Bedingungen — für die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz ausgesprochen. Die französischen sowohl als die englischen Sozialisten gehen nicht mit der Absicht nach Stockholm, unter allen Umständen den Frieden der Verständigung anzubahnen. Die Friedensparole der ehemaligen provisorischen russischen Regierung: „Keine Annexionen und keine Kriegsentfesselungen“ existieren für sie nur formell, während sie in Wirklichkeit sowohl für die Amerikaner Elsch-Rothringens als auch für von Deutschland zu zahlende Kriegsschadigungen eintreten. In dem Memorandum der englischen Arbeiterpartei über die Kriegsziele werden nicht nur die völlige Wiederherstellung Belgiens auf Kosten Deutschlands und die Rückgabe Elsch-Rothringens an Frankreich gefordert, sondern auch der italienischen Forderungen die Sympathien ausgesprochen. Armenien, Mesopotamien und Arabien sollen von der Türkei losgetrennt, in gleicher Weise wie die tropischen Kolonien Afrikas behandelt und durch eine Kommission unter Aufsicht des internationalen Bundes (welches?) regiert werden.

Man erkennt aus diesen Kriegszielen der englischen Arbeiterpartei nur zu deutlich, wie stark die Führer der englischen Arbeiterpartei noch unter dem Einfluß der imperialistischen englischen Regierung stehen. Trotzdem bedeutet der Beschluß, sich an der Londoner Konferenz zu beteiligen, einen großen Fortschritt, denn damit ist durch die Bestrebungen der Ententeregierungen, die Stockholmer Konferenz zu hinterziehen, ein dicker Strich gemacht.

Wenn die englischen und französischen Sozialisten zunächst auch aus anderen Gründen als die deutsche Sozialdemokratie sich an der Stockholmer Konferenz beteiligen und wenn die von ihnen aufgestellten Kriegsziele von der deutschen Sozialdemokratie auch nicht abgelehrt werden können, so ist doch keineswegs ausgeschlossen, daß die Verhandlungen in Stockholm schließlich doch zu einer Verständigung unter den Sozialisten führen, zum mindesten können sie dazu beitragen, das Urteil der englischen und französischen Sozialisten über die Ursachen und den Zweck des Krieges zu revidieren. Mit dieser Gefahr rechnen auch die Ententeregierungen, weshalb sie alle Hebel in Bewegung setzen, um die Konferenz zu vereiteln.

Wenn — was keineswegs ausgeschlossen ist — die englische und französische Regierung die für die Stockholmer Konferenz erforderlichen Pässe verweigern, dann wird zwar der eigentliche Zweck der Konferenz dadurch in Frage gestellt,

allein diese Passverweigerung würde gleichzeitig auch die letzten Zweifel darüber beheben, daß die Ententeregierungen sehr triftige Gründe dafür haben, ihren Sozialisten die Beteiligung an dieser Konferenz unmöglich zu machen. Ein solches Vorgehen könnte nicht ohne Einfluß auf die Haltung der Ententesozialisten gegenüber ihren Regierungen bleiben. Der Beschluß der englischen Arbeiterpartei wäre sicher nicht erfolgt, wenn in den Kreisen der englischen Arbeiterpartei nicht eine sehr starke Friedensströmung vorhanden wäre. Daß eine solche auch unter den französischen Sozialisten besteht, ist bekannt und sie hat bereits weit über die Kreise der Sozialisten hinaus sich ausgebreitet. Jeder Versuch dieser Bewegung mit Gewaltmitteln entgegenzuwirken, hat die gegenteilige Wirkung.

Der Friede marschiert, gleichviel ob die Stockholmer Konferenz stattfindet oder ob sie durch die Machinationen der Ententeregierungen abermals hintertrieben wird, und er kommt um so früher, je deutlicher die Lloyd George und Ribot zu erkennen geben, daß ihnen die Zusammenkunft englischer und französischer Sozialisten mit den deutschen im höchsten Grade unangenehm ist. Das englische und französische Kriegskabinet steht von dem Augenblick an auf bedenklich schwachen Füßen, wo sie mit der Segnerkraft der Sozialisten zu rechnen haben. Diese aber ist unabweislich, wenn den englischen und französischen Delegierten die Pässe zur Londoner Konferenz verweigert werden.

Der Trost Lloyd Georges über die veränderte Haltung der neuen russischen Regierung gegenüber der Stockholmer Konferenz ist ein sehr magerer. Wohl greift Herr Kerenski zu allen Mitteln, welche ihm die Diktatur in die Hand gibt, um Ordnung in das russische Chaos zu bringen. Allein es ist mehr als fraglich, ob es ihm gelingen wird, das russische Heer wieder so zu konsolidieren, um es den Zwecken der Entente mit Aussicht auf Erfolg dienstbar machen zu können. Viel wahrscheinlicher ist es, daß Kerenski mit samt seinen Diktatur sehr bald abgewirtschaftet haben wird. Ob dann die politische Gewalt in Rußland wieder in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates oder in die einer konterrevolutionären Regierung übergeht bleibt für die Entente ohne Belang, daß die Rechnung der Lloyd George und Ribot auf Rußland eine gänzlich falsche war.

Sollte die Nachricht, daß Poincaré sich mit Rücktrittsabsichten trägt, den Tsarischen entsprechen, dann wäre ohnedies der Zusammenbruch der Kriegspolitik Lloyd Georges und Konforten nicht mehr aufzuhalten. Dem Deutschland kam der Stockholmer Konferenz und dem was sie im Gefolge hat, mit Ruhe entgegen. Gleichviel ob sie zustande kommt, oder ob sie hintertrieben wird, in keinem Falle wird die Entente dabei auf ihre Rechnung kommen. Das weiß man auch in London und in Paris und daher die Angst vor Stockholm.

Die Erfolge der Luftkämpfe im Juli. — Weiteres Vorrücken im Osten.

Deutscher Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 13. Aug. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der flandrischen Schlachtfrent wuchs nach verhältnismäßig ruhigen Tage die Kampftätigkeit in den Abendstunden wieder zu erheblicher Stärke an. Unsere Artilleriewirkung gegen feindliche Batteriestellungen war gut; sie zerpöngte auch Beseitigungen englischer Angriffstruppen östlich von Messines.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Längs des Chemin des Dames und in der Westschampane steigerte sich die Feuerfähigkeit beträchtlich. Nördlich der Straße Laon-Soissons brachen gestern früh die Franzosen zu starken Angriffen vor; sie wurden durch Feuer und im Nahkampf abgewiesen. Ebenfalls vergeblich und verlustreich war ein Vorstoß des Feindes südwestlich von Ailles.

An der Nordfront von Verdun haben sich auf beiden Maasufereu heftige Artilleriekämpfe entwickelt.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Neues.

Eines unserer Fliegergeschwader griff gestern England an. Auf die militärischen Anlagen von Southend und Margate an der Themsemündung wurden mit erkannter Wirkung Bomben abgeworfen. Eines unserer Flugzeuge wird vermisst.

Auf dem Festlande sind gestern 14 feindliche Flieger und ein Fesselballon abgeschossen worden.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Lebhafteres Feuer nur südlich von Smargon, westlich von Luk, bei Tarnopol und am Zbrucz. Hier kam es mehrfach auch zu Zusammenstößen von Streifabteilungen.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph

In der westlichen Moldau gelang es trotz sehr zäher feindlicher Gegenwehr, die in zahlreichen heftigen Angriffen zum Ausbruch kam, unteren Geländegewinn südlich des Trostulstales weiter auszudehnen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls v. Madenjen

Der hartnäckig verteidigte Ort Panciu wurde im Sturm genommen. Entlastungsvorläufe der Russen und Rumänen gegen benachbarte Abschnitte unserer Front waren vergeblich; sie scheiterten förmlich verlustreich.

Am unteren Sereth blieb die Artillerietätigkeit lebhaft; mehrere feindliche Angriffe zwischen Bugaul-Mündung und Donau wurden zurückgeschlagen.

Mazedonische Front

Keine besonderen Ereignisse.

Im Monat Juli betrug der Verlust der Luftstreitkräfte unserer Gegner 34 Fesselballone und mindestens 213 Flugzeuge, von denen 98 hinter unseren, 115 jenseits der feindlichen Linien durch Luftangriff und Abwehfeuer brennend zum Absturz gebracht wurden.

Wir haben 60 Flugzeuge, keinen Fesselballon verloren.

Der 1. Generalquartiermeister: Dudenowsky

Deutscher Abendbericht.

W.W. Berlin, 13. Aug., abends. (Amtlich.)

In Flandern und bei Verdun lebhafter Artilleriekampf. In Rumänien neue Erfolge unserer Truppen.

Der englische Bericht.

W.W. London, 13. August. Die Luftangriffe verurachten in Southend beträchtlichen Sachschaden. Es wurden 40 Bomben abgeworfen. Nach den bisherigen Meldungen wurden 8 Männer, 9 Frauen und 6 Kinder getötet, etwa 50 Personen verwundet. Ferner wurden in Rochefort 2 Männer verwundet. Vier Bomben wurden auf Margate abgeworfen. Ein unbewohntes Haus wurde zerstört. Keine Menschenverluste.

Ein neuer feindlicher Fliegerangriff auf Frankfurt a. M.

W.W. Frankfurt a. M., 13. August. Gestern abend gegen 1/8 Uhr erschien wiederum ein feindlicher Flieger über Frankfurt, der wahllos mehrere Bomben in die durch zahlreiche Spaziergänger belebten Straßen der Stadt niederfallen ließ. Leider sind diesmal vier Tote und mehrere Verletzte zu beklagen. Der Sachschaden ist unbedeutend. Militärischer Schaden wurde überhaupt nicht angerichtet. Das feindliche Flugzeug wurde auf dem Rückflug im Luftkampf abgeschossen. Die beiden Insassen wurden gefangen genommen.

Die englische Regierungskrise.

W.W. London, 13. Aug. (Reuter.) „Daily News“ schreibt: Wenn die Arbeiterkonferenz am 21. August sich für Genderson entscheidet, müssen die anderen Minister der Arbeiterpartei sich von der Regierung zurückziehen. Es verlautet, daß in diesem Falle der Premierminister an das Land appellieren und allgemeine Wahlen auszurufen würde.

Ein hochwichtiger Schritt zum Frieden.

Kopenhagen, 13. Aug. „Bedingste Tidende“ erfährt aus London, der Beschluß der geistigen Arbeiterkonferenz wegen Stockholm, bei der die bedeutendsten der englischen Arbeiterführer zugegen waren und ihre Ansichten äußerten, wird auch außerhalb der Arbeiterkreise als hochwichtiger Schritt zum Frieden und zur Lösung internationaler Fragen angesehen. Niemand früher habe man erwidrende Ausdrücke von Seiten der englischen Arbeiter gehört.

Verweigerung der Pässe nach Stockholm.

London, 13. Aug. Bonar Law erklärte, es sei für Briten, die im Vereinigten Königreich ihren Wohnsitz ha-

eilung
1917.
Lebensmittel-
Lebensmittel-
go)
Lebensmittel-
66.
eter Bekannt-
1. — 21.
Kartoffelamt.
pmengen, die
ppmenge.
Dienstag, den
erhalten, die
lebenen Tage zu
ken (Militär-
unter 1 bis 5
iegstraße 80,
e der Firma
25, für Zeit
itenstraße 29.
zugewiesen, um
Ein Anhang
unnötig.
g der Marken-
stände bleiben
1917 sind vor-
waren 1/4 Pfund
618.
Karlsruhe.
rinnen
Papierstoffe,
if.
eisbuch für
wollen sich
55
tsamt
e Karlsruhe
3. Stock.
r Kinderkranke
und Jugendkranke
Vorholzstr. 44.
irschstrasse 120.
3, 8 bis 4 Uhr.
auenvereins.
ermieten.
erstraße 20 ist
ohnung mit Gas
oder später
bei Madener.
Karlsruhe.
igshafen, Amt
Auf, von
Ehemann, alt 45
edig. Lud. Frenn
ert, alt 73 S.
Safner, Ober

ben, nicht statthaft, ohne Erlaubnis der Regierung mit feindlichen Untertanen eine Konferenz abzuhalten. Die Regierung habe beschlossen, die Erlaubnis zur Teilnahme an der Konferenz nicht zu erteilen. Die Vereinigten Staaten, Frankreich und Italien, mit denen die britische Regierung über den Gegenstand verhandelt habe, hätten das gleiche beschlossen.

Die französischen Sozialisten und die Stockholmer Konferenz.

Paris, 13. Aug. (W. W. Nicht amtlich.) Meldung der Agence Havas. Die Vertreter der Sozialistenpartei hielten am Sonnabend nachmittag eine Versammlung ab. Nach einem langen Vortrag Brades über den Frieden wurde folgende Erklärung angenommen: Die französische Sozialistenpartei kommt nicht nach Stockholm, um dort einen Friedensvergleich zu suchen, der das Schicksal der Völker in der Schwere und neuen Kriegen preisgegeben ließe, sie kommt dorthin, um auszusprechen, daß allein die Achtung vor dem Völkerrecht, die Achtung vor Verträgen und die Verpflichtung, in Zukunft in allen möglichen Streitigkeiten sich dem Richterpruch der Nationen zu unterwerfen, einen annehmbaren Frieden herbeiführen können. Sie kommt dorthin, um alle Sozialisten aufzufordern, die Regierungen, welche für die zu Beginn des Krieges begangenen Gewalttätigkeiten verantwortlich sind, zu verurteilen, und daß die Sozialisten, nachdem sie die Verurteilung ausgesprochen haben, gegen die Regierungen aufstehen, um den Krieg abzukürzen, indem sie Ehre und Leben der Völker schützen. Sie kommt dorthin, um zu fordern, daß die Regierungen, welche sich dessen noch weigern, verpflichtet werden, Landzugeben, ob sie zu den Wiederherstellungen bereit sind, welche das Völkerrecht in sich schließt und öffentlich zu erklären, ob sie beabsichtigen, sich immer noch mit der Kriegskarte zu bewaffnen, um den Frieden herbeizuführen. Sie kommt dorthin, um zu fragen, ob die Sozialisten, welche darauf bestehen, ihre moralische und materielle Hilfe den künftigen Regierungen zur Verfügung zu stellen, noch weiterhin Mitglieder der Internationale bleiben können und ob die Internationale nicht diejenigen als die ihrigen anerkennen wird, welche auf die Verantwortlichkeiten hinweisen und dadurch zeigen, daß sie entschlossen sind, die der Internationale Kraft und Leben geben werden, zu gleicher Zeit, wo sie den Völkern den Weg zu einem wohlthätigen Frieden weisen.

Was die Bedingungen ihrer Teilnahme an der einen internationalen Konferenz anbelangt, so erklärt die französische Sozialistenpartei, daß sie bereit ist, an jeder regelrecht zusammenberufenen Konferenz sich zu beteiligen unter der Bedingung, daß sie erfährt, wem sie dort begegnen soll, den Zweck der Versammlung und ob die Konferenz dort wirksam sein kann. Die Versammlung muß zusammenberufen werden in Übereinstimmung mit den Vertretern des Vollsausschusses des internationalen sozialistischen Büros. Sie soll Abgeordnete umfassen, die in gültiger Weise bevollmächtigt sind durch die der Internationale regelrecht angegliederten Parteien und durch Körperschaften, die das Recht besitzen, auf den internationalen Kongressen vertreten zu sein. Damit die Versammlung der Internationale nützliche Wirkungen erzielen kann, ist es notwendig, daß vorher alle Abteilungen über folgende Grundzüge sich äußern: Besteht im Falle eines kriegerischen Angriffs von Seiten einer oder mehrerer Mächte das Proletariat des oder der angegriffenen Völker das Recht auf Hilfe aller Proletariate aller kriegführenden Nationen oder nicht, einer Hilfe, die gemäß den Möglichkeiten und den gegebenen Umständen in jedem Lande gehen kann vom Einspruch bis zur bewaffneten Intervention gegen die den Frieden störenden Mächte? Ohne dieses vorherige Übereinkommen könnte irgend eine Versammlung nur ergebnislose Besprechungen herbeiführen, oder, was schlimmer sein würde, Widerstände, die die bedrohte Einheit der Internationale noch mehr zu brechen drohen.

Der Friede von Stockholm — der Entente-Friede?

Ueber das von Stockholm erwartete Resultat läßt Bligen in der ententefremdlichen Wochenschrift „De Amsterdamer“ wie folgt aus: „Es eröffnet sich die Möglichkeit, daß alsbald derselbe Friede geschlossen wird, den die Alliierten einem besiegten Deutschland zu diktieren gedachten. Alsdann bleibt nur hiezu übrig, daß die Abrechnung mit dem Schuldigen, der diese Jahre des Schreckens über Europa gebracht, dem eigenen Racheverlangen wird.“

Wegen ist zwar ein holländischer Parteiführer, aber trotzdem französischer Chauvinist und großer Verräter.

Der Arbeiter- und Soldatenrat verurteilt die Uebertragung von besonderen Vollmachten an Kerenski.

Rugano, 13. August. Der „Secolo“ meldet aus Petersburg: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat am Mittwoch den Antrag der provisorischen Regierung auf Uebertragung besonderer Vollmachten an Kerenski mit großer Mehrheit verworfen. An der Sitzung nahmen zum erstenmal auch die rumanischen Soldatenlegierten als Gäste teil.

Troestler über die Ungerechtigkeit gegen die deutsche Sozialdemokratie und die Friedensschädlichkeit der „Unabhängigen“.

Im jüngsten seiner Stockholmer Briefe (datiert vom 28. Juli) schreibt Genosse Troestler u. a.: „Die allgemeine politische Lage ist bezüglich Annäherung der Regierungen auch nach der letzten Reichstagsitzung nicht günstiger geworden. Die fonderbare, für Völkern eines parlamentarisch regierten Landes unbegreifliche Art, in der plötzlich Herr Michaelis auf der Bildfläche erschien, ist wenig geeignet, das Vertrauen auf einen neuen parlamentarischen Kurs zu stärken. Daß Herrmann Vollweg fällt, nachdem er die Erklärung des Kaisers betreffend Einführung des gleichen Wahlrechts für Preußen und Bayern, darunter den allgemein gezeigten und von der Entente

propagierten Argwohn. . . Dazu kommt die ganze Inzenerierung des Dramas. . . Das Einholen des Einverständnisses der beiden Generale und des Kronprinzen. . .

Die angenommene Resolution bedeutet sicher einen Schritt vorwärts und läßt bei ehrlicher Auslegung — an der es jetzt leider wegen der scharfen Gegensätze nur allzu sehr mangelt — keinen Zweifel über den Willen der großen Mehrheit des Reichstags: Friede ohne Annexionen und Kriegsschädigungen. Daß sie andererseits die deutschen Interessen im Auge behält und keine Gebietsabtretungen zuläßt, war nicht anders zu erwarten. Bornehmlich nicht in einer Zeit, wo die Gegner jede Verhandlung verweigern und obendrein noch immer Forderungen stellen, die nur ein vollständig geschlagener Staat annehmen würde.

Was im gegenwärtigen Stadium der Friedensbewegung in Deutschland zu erreichen war, ist meines Erachtens im Reichstag erreicht worden. Gegenüber den verschiedenen Unzulänglichkeiten in der Politik der deutschen Reichspartei muß dieses Resultat ihrer Friedensarbeit entschieden als ein belangevoller Posten auf ihrer Kreditseite gebucht werden. Diejenigen, die — wie auch stets „Der Volk“ — nach alledem dieser Partei noch immer imperialistische Absichten andichten, lassen dadurch einen Mangel an Objektivität im Urteil erkennen, den man doch vor allem von außerhalb des Streits Stehenden nicht erwarten sollte.

Daß diese Objektivität nicht bei den englischen und französischen Staatsmännern vorhanden ist, die sich über die Ereignisse im Reichstag geäußert haben, um die Kriegsstimmung aufrecht zu erhalten, kann nicht verwundern. Der große Fehler der Deutschen ist es, daß sie durch das Herabsehen des Erreichens der Kriegstreiber in den Ententeländern die Arbeit nur allzu leicht machen. Die Folge ist, daß von einer Verbesserung der Lage wenig zu merken ist. . . Die deutsche konservative Presse erkennt an, daß der Einfluß der Reichspartei unter dem neuen Reichszustand zugenommen hat und reut sich derart, daß sie Scheibemann als den schrankenlosen Diktator hinstellt. Die Tatsache aber, daß der deutsche Reichstag zum erstenmal der Regierung die Richtlinien für den Frieden vorschreibt und daß diese sich genügt sieht, diese anzunehmen, obwohl sie direkt den Annexionsplänen der Junker und Großindustriellen widersprechen, bleibt bestehen.

Nun ist das Wort, was die Regierung betrifft, am der durch Tzeretelli einberufenen Zusammenkunft der Ententemächte, und was die Arbeiterklasse betrifft, am der Internationale.

Deutsches Reich.

Die „Frankfurter Zeitung“ im Kampf mit der Jenfur.

Die fortschrittlichen Abgeordneten Dove und Viehling haben unter dem 9. August im Reichstage folgende kleine Anfrage gestellt:

„Ist dem Herrn Reichszustzler bekannt, daß durch Verfügung des stellvertretenden Generalkommandos des 18. Armeekorps in Frankfurt a. M. vom 24. Juli d. J. der „Frankfurter Zeitung“ auferlegt wurde, alle zur Veröffentlichung bestimmten telephonischen Uebermittlungen des Berliner Bureau dieser Zeitung vor Drucklegung der Jenfur vorzulegen?“

Ist es dem Herrn Reichszustzler weiterhin bekannt, daß die gegen diese Verfügung schon am 25. Juli erhobene Beschwerde bis heute ihre Erledigung noch nicht gefunden hat?“

Was gedenkt der Herr Reichszustzler zu tun, um die festgestellten Uebergriffe der militärischen Instanzen auf das der Jenfur nach den gemachten Zusagen entzogene Gebiet der allgemeinen Politik zu verhindern?“

Was gedenkt er ferner zu tun, um das Rechtsmittelverfahren in den Jenfursachen zu beschleunigen?“

Trotzdem die Reichsregierung in bestimmtester Form die Unzulässigkeit der politischen Jenfur festgestellt hat, fahren die Jenfurs fort, sie auszuüben. Soffentlich spricht nunmehr der Reichstag ein Nothwort. Es ist höchste Zeit, daß diesen militärischen Diktaturgelüsten ein Riegel vorgeschoben wird.

Zur Friedenskundgebung des Reichstags.

Im jüngsten Heft der „Deutschen Arbeit“, dem Organ der christlich-nationalen Arbeiterkraft, machte Generalsekretär Stegerwald, das Mitglied des Kriegsernährungsamts, bemerkenswerte Gründe, die die Annahme der Friedensentschließung des Reichstags rechtfertigen.

„In der Hauptsache waren es Allduische, extrem konservative mit altpreußischer Denkart sowie Schwerindustrie, die übereinstimmend weitgehende Kriegsziele vertraten und gleichzeitig jeder innerpolitischen Neuordnung während des Krieges sich widersetzen. Politisch stand also die Gesamtsituation so, ob die Weiterführung des Krieges und die Gestaltung des Friedens ausschließlich auf die Rezepte dieses Herrenmenschen eingestellt werden sollte, oder ob auch den breiten Schichten durch die geordnete parlamentarische Vertretung darauf ein starker Einfluß einzuräumen sei.“

In weiteren Ausführungen legt Stegerwald dar, daß Deutschland durch Vertretung überpanneter Kriegsziele darin gebracht werden könnte, daß auch nach der Rest der neutralen Welt sich gegen uns lehre. Das Bluffen wirke in solcher Situation entgegengesetzt wie bei den Ententestaaten. Die Entleerung der Krise in den jüngsten Wochen sei letzten Endes einer kleinen absolutistischen Kaste und der Politik der verpackten Gelegenheiten in Preußen zuzuschreiben. Bethmann Hollweg sei darüber geheidert, daß er sich nicht rechtzeitig für die unabwiesbaren Maßnahmen auf dem Gebiete der inneren Politik entschlossen habe.

Die Steuer-Grundsätze Dr. Schiffers.

Der jetzige Ministerialrat im Reichsfinanzamt Dr. Schiffer äußerte sich nach dem „Berliner Börsen-Kurier“ über die große Steuerfinanzreform nach dem Kriege:

„Soweit keine Meinung eine ausschlaggebende werde, würden folgende drei große Richtlinien maßgebend sein, nach denen nicht nur die neuen Steuern zu beschaffen sind, sondern auch die bereits bestehenden einer Prüfung zu unterliegen haben, inwiefern sie einer Wandlung bedürfen oder gänzlich zu beseitigen sind. 1. Die neuen Steuern müssen natürlich ertragreich sein, doch sollen möglichst wenig verschiedene Steuerarten den notwendigen Ertrag liefern, also unter allen Umständen lieber zu wenig, aber

große einschneidende Eingriffe, als daß der Steuerkörper durch zahllose kleine Wunden zum Bluten gebracht wird. 2. Sehr wesentlich ist die Art der Veranlagung. Der sogenannten „Steuerpsychologie“ muß in weitestem Umfang Rechnung getragen werden, damit der Verärgerung des Steuerzahlers soweit als überhaupt möglich vorgebeugt wird. Um dies zu erzielen, müssen die Steuern übersichtlich, klar und einfach sein. Jeder Steuerzahler, vor allem jeder Kaufmann, soll in der Lage sein, die Höhe seiner Steuern zu jeder Zeit zu übersehen, um richtig disponieren zu können. Der Kaufmann muß stets mit dem Steuerbetrag rechnen, ihn von vornherein in seine Bilanz einstellen können. Steuern, deren Betrag erst hinterher errechnet wird, machen den Kaufmann unruhig, unsicher und sind darum eine der wichtigsten Ursachen der Steuerverärgerung. Weiter sollen die Steuern natürlich nur eines einfachen Verwaltungsapparates bedürfen, ihre Einziehung die geringstmöglichen Kosten verursachen. 3. Soll die Bemessung der Steuern derart erfolgen, daß das Wirtschaftsleben gesichert wird, also keine Ueberpannung, die die Industrie erdrosseln würde, von deren Entwicklung wir in erster Reihe die Aufbringung der Kriegsbeträge, deren wir bedürfen werden, erhoffen können. Die Industrie muß praktisch auch in der Lage bleiben, sich auf die neuen Steuern einstellen zu können. Mein Vertrauen in unsere Industrie, in unsere Technik und in unser ganzes Wirtschaftsleben ist — nach den Leistungen, die es im Kriege vollbracht hat — so groß, daß ich gar nicht daran zweifle, daß es seiner Aufgabe, den benötigten Ertrag abzugeben, durchaus wird entsprechen können. Die Voraussetzung ist nur, daß wir ihm seine Entwicklungsmöglichkeiten nicht unterbinden. Dabei werden wir — wie bisher — die sozialpolitischen Grundzüge nicht verlassen und im Rahmen der Möglichkeit den kleinen Steuerzahler zu schonen trachten, doch rechnen wir damit, daß sich niemand den Staatsnotwendigkeiten verschließen wird oder auch nur sich wird verschließen können. Gegen Monopole bin ich nicht grundsätzlich eingenommen, doch möchte ich betonen, daß ich in allen jenen Fällen, wo die Besteuerung des freien Wirtschaftslebens den gleichen oder annähernd gleichen Ertrag liefert, unbedingt für den letzteren Weg einzutreten gekommen bin.“

Der Rede Sinn ist etwas dunkel. Na, man wird ja bald erfahren, wie sich Herr Schiffer die Aufbringung der ungeheuren Mittel denkt. Einstweilen scheint es, als ob er darüber noch keinerlei bestimmte Ansichten habe.

Aus der Partei.

Gegen Greulichs Mandat für Stockholm. Die Parteioberleitung der Stadt Zürich hat beschlossen, die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei aufzufordern, Hermann Greulich das Mandat für Stockholm zu entziehen und ihn durch einen ausgetauschten Zimmerwaller zu ersetzen.

Wahlpolitik und Militärfrage. Am zum Regierungsrat gewählt zu werden, hatte der schweizerische sozialdemokratische Nationalrat Dr. Affolter die Erklärung abgegeben, daß er kein Gegner der Landesvereidigung sei, und damit auch die bürgerlichen Stimmwähler in Solothurn erhalten. Diese Stimmwählerpolitik Affolters hat in der schweizerischen Sozialdemokratischen Erregung hervorgerufen, so schreibt der „Basler Vorwärts“: „Nur um den alten Rühl neu aufzuwärmen haben wir nicht monatelang die Militärfrage diskutiert und sie in Bern zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Entweder ist die Stellungnahme des Genossen Affolter zur Militärfrage oder seine Erklärung in der „Solothurner Zeitung“ eine Freundschaft der Desfentlichkeit und damit auch der Partei.“ Wir vermuten hier, daß solche Verschiedenheiten zwischen Berner Parteitagbeschlüssen und Wahlpolitik sich noch oft zeigen werden.

Baden.

Zeugnisschwanghaft!

Wie die „Waldkircher Volkszeitung“ mitteilt, ist ihr Redakteur Hedemann wegen eines im Monat Juli erschienenen Artikels in Zeugnisschwanghaft genommen worden. Der Artikel beschäftigt sich mit der Lebensmittelfrage und soll einige Spitzeln gegen den Oberamtmann von Waldkirch enthalten.

Die Folter der Zeugnisschwanghaft gegen Redakteure ist eine Einrichtung, gegen die der Reichstag wiederholt sich ausgesprochen hat. Die Presse aller Parteien ist sich einig im dem schärfsten Protest gegen die Maßnahme in Waldkirch. Sollte es sich in der Tat so wie oben berichtet verhalten, dann wäre kein Wort der Kritik gegenüber einem solchen behördlichen Vorgehen scharf genug. Man darf auf die hoffentlich in Aussicht stehende Erklärung der Regierung gespannt sein.

Die Gegensätze in der nationalliberalen Partei

Spiegeln sich auch in der nationalliberalen Presse wider. Während die „Badische Landeszeitung“, das „führende“ Organ der nationalliberalen Partei Badens, in der Frage der Parlamentarisierung eine zum mindesten sehr zweideutige Haltung einnimmt und dem gegenwärtigen Reichszustzler reichliche Vorzugslobreden austreibt, schreibt der „Deutsche Volksbote“, Wochenschrift der nationalliberalen Partei Badens:

„Im großen und ganzen ist ein merklicher Rückgang bei der Umgeppierung der Regierung im Reich und in Preußen festzustellen. Das liberale Element kommt bei den neuen Ministern in Preußen, und bei den Staatssekretären im Reich zu seiner Geltung. Der städtischen und provinziellen Selbstverwaltung wurden Persönlichkeiten in vollem Sinn des Wortes einvernommen. Das ist aber alles. Von einer merklichen „Parlamentarisierung“, von dem, worauf es ankommt, ist gar keine Rede; selbst dann nicht, wenn ein „Staatsrat“ im Reich und in Preußen als Parlamentarier gebildet werden sollte, um auch während der parlamentarischen Zeit eine nähere Verlebung der Parteien an der Regierungsgeschäften, namentlich bei Vorbereitung von Gesetzentwürfen, sich zu sichern. Worauf es ankommt, und womit Deutschland im Ausland „moralische Eroberungen“ machen kann, ist die verantwortliche Regierung des Volkes, die Verteilung von Macht und Verantwortung zwischen Krone und Volksvertretung, die Berufung und Entlassung der Minister im Benehmen der Krone mit der Volksvertretung. Es ist so, wie das „Berliner Tageblatt“ (das sonst im allgemeinen nicht unser Blatt ist) sagt: „Das große deutsche Volk übt, als einziges Kulturvolk der Welt, weder einen direkten noch indirekten Einfluß auf die Wahl seiner Geschäftsführer aus. Ohne Macht, aber auch ohne Verantwortung“

der Steuer... gebacht wird... Der so... lassung Rech... Steuerzahler... dies zu er... und einfach... soll in der... zu übersehen... muß stets mit... eine Bilanz ein... erher errechnet... sind darum... Weiter fol... waltungsappa... Kosten ver... erfolgen, daß... Leberpan... Entwicklung... deren wir... muß praktisch... einstellen zu... unsere Techni... den Leistungen... gar nicht daran... ag abzurufen... ehung ist nur... unterbinden... politischen... er Möglichkeit... rechnen wie... schließlich... gegen Monop... möchte ich be... steuerung des... der annähernd... en Weg ein...

morung, ist es Schicksalsbeurteilung, die ohne Mitwirkung seiner gewählten Vertreter gefaßt werden, glücklich oder unglücklich sein können, hemmschullos untertan."

Das ist ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand, vom Standpunkt der äußeren, wie vom Standpunkt der inneren Politik aus. Wären die ausländischen Demokratien hundertmal nur Scheindemokratien, und mag Deutschland viel demokratischer sein, als es scheint — die böse Welt urteilt nach dem Schein, und mit den Wägen muß man heulen, wenn man davon kommen will. Man wird das nur so eher tun können, als schon Erwägungen eines gerechten, völkerverständlichen und staatspolitischen, mit der Zeit gehenden, Fortschritts im Innern es nahelegen, dem Volk einen mitbestimmenden Einfluß auf die Wahl seiner Geschäftsführer einzuräumen. Nicht die Krone auszuscheiden, aber das Volk miteinzuschalten. Das Volk hat sich ein Recht darauf im großen Krieg erkämpft und wird davon nicht mehr abgehen. Und dieses Recht ist ein Interesse des Staates."

Die Stimmung in den Kreisen des liberalen Bürgertums kommt in diesen Zeilen viel deutlicher zum Ausdruck, als in den Stillübungen der „Bad. Landeszeitung“.

Verbesserung der Gehalts- und Einkommensverhältnisse der Gemeindebeamten.

Karlsruhe, 13. Aug. Der Verwaltungsrat des badischen Ratvereins hatte vor einigen Wochen eine Eingabe an das Ministerium des Innern gerichtet, in welcher unter Berufung auf die erhebliche Mehrarbeit, die der Krieg den Gemeindebeamten gebracht hat, den Ausfall der Gehälter aus der grundbuchamtlichen Tätigkeit und im Hinblick auf die fortschreitende Teuerung die Bitte ausgesprochen war, das Ministerium möge mit Nachdruck bei den Gemeinden darauf hinwirken, daß die Einkommen der Ratsschreiber und der übrigen Gemeindebeamten und -Bediensteten dieser vermehrten Arbeitsleistung entsprechend verbessert werde. Das Ministerium des Innern hat nun, wie wir erfahren, das Verlangen der Gemeindebeamten nach Erhöhung ihres Dienst- einkommens als durchaus berechtigt bezeichnet, und zwar nicht nur hinsichtlich der Berufsbeamten, sondern auch für diejenigen, die neben ihrem Gemeindedienst noch einen anderen Beruf haben, und diesem infolge starker Inanspruchnahme durch Dienstgeschäfte nicht mehr ganz obliegen können und teure oder unzulängliche Ersatzkräfte einstellen müssen. Das Ministerium hat in einer Weisung an die Bezirksämter diese veranlaßt, bei den Gemeinden, welche ihren Beamten noch keine Teuerungsbefehle erteilt haben, in dem Sinne zu wirken, daß die Gemeindebeamten angemessene Verbesserungen erhalten. Den Gemeinden soll dabei ein teilweiser Ersatz des Mehraufwandes aus Mitteln des Kommunalarbundes für Geschäfte, welche die Gemeinden für diesen befragen, in Aussicht gestellt werden. Sehr bedürftigen Gemeinden stellt das Ministerium Beihilfen zu dem Aufwand für die Aufbesserung auf Kriegsdauer in Aussicht.

Karlsruhe, 13. Aug. Die Mitglieder des Karlsruher und des Mannheimer Hoftheaters, die intern Feldgrauen an der Westfront durch Wiedergabe einer Anzahl von Lustspielen stündliche Stunden bereiten, sind jetzt zurückgekehrt. Insbesondere in der Zeit vom 19. Juli bis zum 9. August führten unsere Künstler die „Schulmeisterin“, die „Salenpöte“, „Das Schwert des Demofles“ und „Am Teufel“ auf. Vom Karlsruher Hoftheater wirkten mit Paul Becker und Hans Kraus, in dessen Händen auch die Leitung lag, von Mannheim die Damen Lenne Leonis und Alice Blohn. Fräulein Leonie gefiel durch ihr liebenswürdiges Spiel besonders in der „Schulmeisterin“ und im „Am Teufel“, Fräulein Blohn, eine Schülerin des Hofkapitänleiers Baumgartner am Hofburgtheater in Wien, hatte durch ihr temperamentvolles und frisches Spiel ebenfalls einen vollen Erfolg.

oc. Pforzheim, 14. August. Dem Bürgerausschuß ist eine umfangreiche Vorlage über die neue Friedhof- und Bestattungsordnung zugegangen. Sie sieht als einschneidende Neuordnung die Einführung des allgemeinen Leichenhalsenzwangs mit Ausnahme des Stadteiles Dillweissenstein vor.

+ Rastatt, 14. August. Am letzten Samstag wurde der 16-jährige Josef Wild aus Niederhülz in einer hiesigen Fabrik von einem Treibriemen erfaßt und so übel zugerichtet, daß er seinen Belebungen erlag.

oc. Rastatt, 14. August. Der Landesverband badischer Handwerker- und Gewerbevereine hat anlässlich des 60. Geburtstages seines Präsidenten Kiebert die Summe von 10 000 Mark spendet, welche der bereits bestehenden Niederhülz-Stiftung zufließen und zur unentgeltlichen Beschaffung heimischerer erhaltungsfähiger Krieger in Bad Sulzburg verwendet werden soll. Präsident Niederhülz selbst hat verschiedenen Wohltätigkeitsanstalten Spenden überwiesen.

oc. Wehl, 14. August. In der „Kleiner Zeitung“ wird erzählt, wie allabendlich junge und alte Damen mit Taschen ausgerüstet in die abgelegenen Gegenden des früheren Dorfes oder gar bis Sundheim spazieren und bei den dortigen Kuhhaltern Kollmisch abholen. Auch Butter wird vielfach von den Erzeugern hergestellt und an diese besondere Kundschaft abgetreten. Durch diesen Schmuggel kommt natürlich die heftige Einwohnerschaft sehr ins Hintertreffen, denn es gelangt nur noch wenig Milch nach der Stadt.

oc. Enningen, 13. August. Einen Reimann in der Nähe wurden jetzt schon für den Zentner Trauben 100 Mk. geboten. Was kostet da das Geklotter vom Neuen? fragt die „Preisgauer Zeitung“.

oc. Neustadt i. Schw., 13. August. Der Kommunalverband Neustadt setzt für jede Anzeige gegen einen Gauner eine hohe Geldstrafe aus. Das Damsieren von Lebensmitteln durch gewöhnliche Fremde habe im Amtsbezirk Neustadt in einer Weise zugenommen, daß der Kommunalverband die Öffentlichkeit eräuben müsse, ihn mehr als bisher in dem Kampfe gegen diese schamlose Gatte von Menschen zu unterstützen. Jeder Polizeibeamtete ist berechtigt, Fremde anzuhalten und verdächtige Pakete, Kaufsäcke usw. ohne richterliche Anordnung wegzunehmen zur Ablieferung an die nächste Gendarmeriestation.

oc. Bellingen, 13. August. Der Bürgerausschuß genehmigte die Erhöhung des Gaspreises um 2 Pfg., jedoch das Gas jetzt 21 Pfg., das Automaten gas 23 Pfg. für den Kubikmeter kostet. Weiter beantragte der Bürgerausschuß eine Erhöhung des Gehalts des Bürgermeisters G. Lehmann von 5000 Mk. auf 10 500 Mk. zu.

oc. Sausen, 14. August. Auf dem Bahnhof Kalkreuthen-Zentzen alit die Schaffnerin Maria Parzax was hier von dem

sich in Bewegung setzenden Zuge ab und geriet unter die Räder des letzten Wagens. Dabei wurde der Schaffnerin der rechte Fuß oberhalb des Knöchels völlig abgefahren.

oc. Konstanz, 13. August. Der Erfinder der „Storz-Zuppelung“, Guido Storz, konnte am 9. August in Frankfurt am Main seinen 70. Geburtstag begehen. Storz stammt aus Weersburg, widmete sich dem Berufe des Architekten und führte eine Anzahl von wichtigen Hochbauten auf verschiedenen Eisenbahntrecken in Baden, Ungarn und in der Schweiz aus. Insbesondere baute er bei der Gotthardbahn den Bahnhof Lugano. Später ließ sich Storz als Architekt in Konstanz nieder. Durch Zufall war er Augenzeuge eines Brandes in der Brauerei Steinbock im Jahre 1880 in Konstanz und beobachtete da, wie ein großer Schaden dadurch entstand, daß die Feuerwehrschränke, weil die Gewinde nicht zusammenpaßten, nicht zusammengebraut werden konnten. Das führte ihn schließlich zur Konstruktion der einfachen Schlauchzuppelung ohne Gewinde. Leider hatte Storz nicht den materiellen Erfolg aus seiner Erfindung, der ihm zu wünschen gewesen wäre.

oc. Mannheim, 13. August. In schweres Leid wurde am Donnerstag die Familie des Oberpostsekretärs Ad. Camp hier durch den plötzlichen Tod ihres 18½ Jahre alten Sohnes Alfred verjett, der zu Entearbeiten gleich vielen seiner Altersgenossen auf dem Lande wohnend, von einem Pferde so unglücklich verletzt wurde, daß der Tod alsbald eintrat. Der hoffnungsvolle junge Mann war Oberprimaner des Realgymnasiums und bei seinen Lehrern wie Mitschülern allgemein beliebt.

oc. Mannheim, 13. August. Am Samstag wurde der 71 Jahre alte, schwerhörige Straßenschreiber Christian Christoph Bechtel auf dem Friedhofsbereich von einem elektrischen Straßenbahnwagen erfaßt und auf den Boden geschleudert. Der Mann erlitt eine Gehirnerschütterung und ist jetzt seinen Verletzungen erlegen.

oc. Redargersbach, 13. August. Am Samstag abend wurde oberhalb der Friedhofsbühne von Fischer Leberle die Leiche eines 21 Jahre alten Studenten der Medizin von Frankfurt a. M. aus dem Redar gezogen. Der Student ist gegen 10 Uhr abends mit einem Boote zu Berg gefahren und ist wahrscheinlich einem Schlaganfall erlegen.

Millionenschwindel mit Kakao.

Einen groß angelegten Kettenwucher mit Kakao, der zwischen Bremen und Berlin spielt, ist vom Kriegswucheramt ein Ende gemacht worden. Es wurden bereits 7 Personen verhaftet. Der Hauptstieber ist ein Kaufmann Artur Moles aus Berlin. Moles hatte dem Kaufmann Rabe in Bremen 4 Eisenbahnwaggons Kakao zum Preise von 15 Mark für das Pfund angeboten. Rechnet man den Waggon zu 200 Zentner, so handelte es sich hier um ein Geschäft von 1 200 000 Mk. Rabe ließ den Kakao einer Gomburger Firma anbieten, die den endgültigen Abschluß des Geschäfts aber hinausog, um bei der Kriegskafkagegesellschaft über die Zulässigkeit des Ankaufs des Kakaos Erfindungen einzulegen zu können. Die Kriegskafkagegesellschaft benachrichtigte sofort das Kriegswucheramt.

Am 21. Juli traf ein Vertreter der Gomburger Firma in Bremen ein und hinterlegte bei einer Bank zunächst 1 110 000 Mark für das abzuschließende Geschäft. Rabe verkaufte darauf den Kakao zum Preise von 17,30 Mark und 18,50 Mark für das Pfund. Am 23. Juli erklärte Rabe plötzlich, er könne den Kakao nur für 22,50 Mark verkaufen. Darauf ließ die Gomburger Firma die Bankanweisung auf 1 350 000 Mark erhöhen, zahlbar bei Ablieferung des Kakaos. Es mußte nun ein Geldmann gesucht werden, der das Geld für den Ankauf der Ware von Moles hergab. Diesen fand man in der Person des Bremer Schlächtermeisters Lins, dem ein großer Verdienst verprochen wurde. Tatsächlich wies Lins seine Bank an den Betrag an Moles zu zahlen. Durch einen Zufall wurde von der betreffenden Depositenkasse die Zahlung verzögert. Am Montag griff das Kriegswucheramt ein, um der Schwindler habhaft zu werden, und nahm die Bremer und Berliner Stieber, die sich in einem Berliner Hotel ein Stelldichein gegeben hatten, fest.

Ob der Kakao überhaupt vorhanden ist und wo er sich jetzt befindet, wird die weitere Untersuchung ergeben. Durch den Kettenhandel wurde der Kakao von 15 Mark auf 22,50 Mark oder das Gesamtgebot von 1 200 000 Mark auf 1 800 000 Mark getrieben.

Berichtszeitung.

oc. Mannheim, 13. August. Auf dem städtischen Schlachthofe zu Mannheim hatten zwei Pferdewichte Milch und Jung, die dort in Arbeit standen, große Mengen Fett entwendet und an andere Regionen abgegeben oder verkauft. Die Mutter des einen Diebes, die Ehefrau Eise Junter, ließ sich 90 Pfund Fett bringen, der Dreher Wilhelm Menes 30 Pfund für 2 Mk., 20 Pfund die Frau Rahn, je 5 Pfund der Händler Karzer und die Ehefrau Merdian. Diese fünf Personen wurden vom hiesigen Schöffengerichte wegen Diebstahls zu Gefängnisstrafen von 3 Tagen bis 3 Wochen verurteilt. Der Möbelhändler Weisberger hatte in Saarbrücken 46 Pfd. Dürfleisch und 8 Pfund Schinken zu 7,50 Mk., natürlich ohne Fleischmarken. Das Fleisch wollte er zu 8 Mk. bis 8,50 Mk. verkaufen. Wegen Verbrechen der Höchstpreisverordnung wurde Weisberger zu 300 Mk. Geldstrafe oder zu 60 Tagen Gefängnis verurteilt.

Aus der Stadt.

oc. Karlsruhe, 14. August. Die Schuhnot.

In den Schuhschäden sammeln die Vorräte zusammen. Lederwaren der im Frieden gewohnten Art werden bald gar nicht mehr zu bekommen sein. Vorrätig sind dieselben nur noch einige Paare wenig benötigter Größen. Die Gerbstoffe mit Holzschlacken sind mit wenig Sorgfalt hergestellt. Auf eine lange Haltbarkeit ist bei ihnen nicht zu rechnen. Wenn für die Zivilbevölkerung nicht in Wäde größere Mengen Leder zur Verfügung gestellt werden, sind die Folgen nicht abzusehen. Wer auf schlechten Wegen bei jedem Wetter zu gehen, in Fabriken, Werkstätten oder auf dem Feld zu arbeiten hat, kommt mit dem mangelhaften Erzeugniswerk nicht durch. Die einzigen, die gegen dieses kaum etwas einzumachen haben, werden die Schuhfabrikanten sein, die

selbst für den minderwertigen Ertrag Preise fordern können, wie sie im Frieden für gutes Schuhwerk nie bezogt worden sind. Auch beim Schuhwerk wird die Bevölkerung durchweg in ungeheurerlicher Weise überrumpelt.

Wir gehen einer schlimmen Notlage entgegen, wenn nicht beizüglichen Vorkehrungen getroffen werden. Die Schuhmacher haben nicht einmal für Reparaturen ausreichende Materialien zur Verfügung. In den Lederfabriken aber sind Vorräte angehäuft, von deren Größe der Unergründliche kaum einen Begriff macht. All dieses Leder soll für Zwecke zweck reserviert sein. Daß die Soldaten mit gutem Schuhwerk ausgestattet sein müssen und das sonstige Lederzeug nicht entbehrt werden kann, sieht jeder ein. Das schließt aber das Verlangen nicht aus, daß man die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung nicht gänzlich außer acht lassen soll.

Hätten wir rechtzeitig eine Regelung des Verbrauchs bekommen, so könnten die Schuhschäden noch über bedeutende Vorräte verfügen, die Private an sich zogen, ehe es zur Beschränkung der Abgabe kam. Eine Bestandsaufnahme in den Privatansammlungen würde überraschende Ergebnisse haben. Viele sind auf Jahre hinaus mit Schuhwerk versehen. Sie haben nichts zu befürchten, es wäre denn, man würde das, was sie zu viel besitzen, dem Allgemeinverbraucher zuführen. Das zu tun, wäre ganz in der Ordnung. Es wird aber nicht geschehen. Mit den Leuten, die nur vom Dreckhalten reden, wird man es nicht verderben.

oc. Schuhhandelsgesellschaft. Nach einer Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichsanwalters wird in Karlsruhe für das linksrheinische Gebiet des Königreichs Bayern (Pfalz) und für das Großherzogtum Baden eine Schuhhandels-gesellschaft errichtet. Die Bestimmungen der Verordnung treten am 15. August in Kraft.

oc. Keine fleischlosen Wochen. Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Die in der Presse verbreitete Nachricht, daß im September und Oktober im ganzen Reich zwei fleischlose Wochen eingeführt werden sollen, entbehrt jeglicher Begründung.

oc. Stadt. Konzerthaus. Karl Müllers Operette „Der Bettelstudent“, die noch zu den inhaltlich wertvollen zählt, erlebte hier, wenn wir die nur kurze Zeit der Vorbereitung mit in Rechnung stellen, eine leidlich gute Aufführung. Vor allen Dingen sei die hervorragende Leistung des Hoftheaterorchesters gewürdigt, womit auch gleichzeitig dem musikalischen Leiter Herrn Schweigwe unsere Anerkennung ausgesprochen sei. Die Hauptrollen waren gut untergebracht und Herr Herz hat aufs neue sein Geschick als hiesiger Leiter bewiesen. Die Titelfolle kreierte Herr Wiesendanger recht gefällig. Frau Schmieter zeigte als „Lawa“, wieder ihre überlegene Gesangskraft und war auch im Spiel ganz die vornehme Aristokrat. Eine dankbare Rolle hatte Frau Klau als „Bronislawa“, die sie mit der ihr eigenen Grazie und Geschmeidigkeit unter Verfallstürmen des Publikums zu Ende führte. Herr Scherzer, der seinen „Oberst“ mit einer in zeitgemäßen Reimen abgefaßten Einlage schmückte, verstand es, den ganzen Abend hindurch den Charakter seiner Rolle zu wahren. Als neugewonnene Kraft stellte sich uns Herr Karl Dertens ein, ein Karlsruher Kind, in der Rolle des „Jan Jansch“ vor. Der junge Künstler verfügt über einen gulligenen Tenor, ist jedoch im Spiel noch etwas schülerhaft. Herr Herz als „Berbermeier“ mußte etwas mehr auf den hiesigen Dialekt achten. Die kleineren Rollen fanden zufriedenstellende Vertretung.

oc. Gewerbeprüfung am 15. August. Wie aus der Bekanntmachung des Bürgermeisteramts vom 4. August hervorgeht, sollen die Erhebungsbogen bis 13. August verteilt sein. Jeder gewerbliche Betrieb, der noch keinen Bogen erhalten haben sollte, ist verpflichtet, sich sofort von einer Polizeiwache einen solchen Bogen zu verschaffen. Die Bogen sind nach dem Stande vom 15. August 1917 an der Hand der darauf abgedruckten Erläuterungen auszufüllen. Sie müssen spätestens am 20. August bei der Polizeiwache abgegeben werden, die beim Ausstellen des Bogens vom Schumann angegeben wurde. Es wird erwartet, daß jeder gewerbliche Betrieb dazu gehört u. a. das gesamte Handwerk einschließlich des Baugewerbes, die gesamte Industrie, der gesamte Handel usw. gewissenhaft die Erhebungsvorschriften durchführt. Daß die Erhebung von großer Wichtigkeit für vaterländische Interessen ist, hat kürzlich in jenem Aufsatz der Chef des Kriegsamts in Berlin, General Gröner, nachdrücklich betont. Der Wichtigkeit der Erhebung entsprechend sind auch die für Nichtbefolgung der Vorschriften angedrohten Strafen sehr hoch. Man halte sich genau an die in den Bekanntmachungen des Bürgermeisteramts vom 4. August enthaltenen Vorschriften und an die auf dem Fragebogen abgedruckten Erläuterungen. Im Zweifel hole man sich Auskunft bei den Polizeiwachen oder beim Stadt. Statistischen Amt (Zählgerstraße 98).

oc. Betriebseinsparungen bei der Straßenbahn. Das Stadt. Bahnamt veröffentlicht im Anzeigenblatt diesen Nummer Bekanntmachungen über die Betriebseinsparungen bei der Straßenbahn und den Karlsruher Volkswagen, wovon besonders aufmerksam gemacht wird.

oc. Schließkarten. An der Nationalisierung der Nationalität räummittel wird, nach einer Mitteilung der Reichsstelle für Gemüße und Obst auch für die Zukunft fest gehalten werden. Der Gesamtbedarf an Protokollschlüsseln wird auf 8 100 000 Zentner geschätzt. In Karlsruhe sind 2 400 000 Zentner, an Württemberg 400 000 Zentner hergestellt worden, so daß an Württemberg 3 300 000 Zentner bezugstellen sein würden. Hierzu muß die nötige Menge an Obst beschafft werden. Zur Streckung soll die Kohlrabe von dort herkommen ausschneiden; es werden nur Woberräden, Kunstfabriken und Kürbisse Verwendung finden. Die Regel soll nicht eine Streckung zu 60 Prozent, sondern eine Streckung von nur 25 Prozent bilden. Hiernach ist die Herstellung einer einwandfreien Marmelade gesichert.

oc. Der badische Landesverband zur Erhebung des Fremdenverkehrs hielt kürzlich hier eine Vorstandssitzung ab. Es wurde dabei mitgeteilt, daß der „Badische Kalender“ in diesem Jahre so großen Anlauf gefunden hat, daß er auch für 1918 erscheinen soll. Das vom Verband für die Reisezeit 1917 herausgegebene Flugblatt über die Lebensmittelversorgung der Fremden in Baden und ein „Kriegsunterkunftsbuch“ haben reisenden Besuch gefunden. Am 30. Oktober findet hier die Hauptversammlung des Verbandes statt.

Parteiorgan... leitung der... ern, Hermann... und ihn durch... erungsrat ge... tatische Natio... daß er kein... die Bürger... Diese Ständ... jaldemokrati... er Vorwärts... wir nicht mo... zu einem... Stellungnahme... Erklärung in... der Öffentlichkeit... daß solche Ver... und Wahlpoliti...

Partei... reffe wider... hrende“ Dr... Frage der... zweideutige... Reichskanzler... Deutliche... ralen Partei...

und nach... Reich und in... bei den neuen... im Reich zu... siverwaltung... entnommen... antifizierung... ist dann nicht... Parlament... parlamentar... den Regie... Begehrenwür... Deutsches... ist die ver... von Nach... ung, die Be... in der Krone... riner Tage...) sagt: Kulturhoff der... auf die Wahl... ohne Ver...

oc. Sausen, 14. August. Auf dem Bahnhof Kalkreuthen-Zentzen alit die Schaffnerin Maria Parzax was hier von dem

Kriegswucher, Kriegsschwindel.

Schiebungen mit Kaffee-Ertrag. Die Kaufleute Otto Voensich, Lichtenberg, Paul Bartneck, Berlin, Karl Lüdtorf aus Darmen, Oswald Zimmer, Berlin und Walter Liesner, Berlin, sind vom Kriegswucheramt als Kettenhändler und Preissteigerer ermittelt worden. Sie haben große Mengen Kaffee-Ertrag in wucherischer Weise erhoben. Voensich, der Inhaber der Firma Otto Voensich, Berlin, einer Großhandlung in Kaffeeerzeugnissen und Schokoladen ist, bezog den Kaffee-Ertrag wagonweise aus Heilbronn. Er bezahlte für einen Waggon von 200 Zentnern einschließlich Verladung und Fracht bis Berlin 20584,40 M und verkaufte den Waggon sofort an Bartneck weiter für 35200 M. Bartneck verkaufte die Waggonladung sofort an Lüdtorf, dieser an Zimmer und dieser wieder an Liesner, der den Kaffee-Ertrag mit 350 M das Pfund weiterverkauft wollte. So war also der Kaffee-Ertrag, ohne den Waggon verlassen zu haben, von 1 M das Pfund auf 3,50 M, oder

die ganze Ladung von 20584,40 M auf 70000 M gestiegen. Voensich, Liesner und Zimmer wurden in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Letzte Nachrichten.

Weitere 29 000 Tonnen.

W.B. Berlin, 14. Aug. (Antifisch.) Durch eines unserer Unterseeboote wurden neuerdings in der Biscaya und im Atlantischen Ozean 29 000 M.T. versenkt. Unter den versenkten Schiffen befand sich ein schwer bewaffneter großer Dampfer, allem Anschein nach der Wilsonlinie, ferner ein Dampfer von annähernd 10 000 Tonnen, sowie ein unbekannter Frachtdampfer mit Munition, beide mit östlichen Kurs.

Eine Niederlage der Engländer in Deutsch-Ostafrika.

W.B. Berlin, 14. Aug. Wie die Morgenblätter nach der „Kölnischen Volkszeitung“ melden, wurden die Engländer in Deutsch-Ostafrika bei ihrem Versuch, die deutschen Truppen bei Kilwa einzukreisen, blutig nach Kilwa zurückgeschlagen und verloren dabei 4300 Tote und Verwundete. Bei einem späteren Rückzug nach einem erneuten Vorstoß verloren die Engländer ungeheure Mengen an Lebensmitteln.

Rückkehr eines deutschen Seehelden. W.B. Berlin, 14. Aug. Laut „Kreuzzeitung“ ist es dem Oberleutnant zur See Otto Schenk aus Eisleben geglückt, als einem der wenigen Ueberlebenden von dem Kreuzergeschwader des Admirals Grafen Zee in die Heimat zurückzukehren. Nach der „Eislebener Zeitung“ hat seine Reise von Südamerika nach Deutschland, bei der ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden waren, 8 Monate gedauert. Schenk hat seinen Dienst bei der Marine sofort wieder angetreten.

Die Auslandsbewegung in Spanien. W.B. Madrid, 14. Aug. (Agence Havas.) Der Auslandsstand hat sich ausgebreitet. Heute morgen verließen die Arbeiter die Arbeit und begaben sich ruhig wieder in ihre Wohnungen. Es kam zu keinem Zwischenfall. Einige Ausständige erklärten, es handle sich um einen 24stündigen Streik zur Befreiung der Gemeinschaft mit den Eisenbahnern. Die Geschäftshäuser sind geöffnet.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Roth; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Richter, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Betriebseinschränkungen. Städtische Straßenbahn.

Vom 16. d. M. ab wird der Verkehr auf der städtischen Straßenbahn wie folgt eingeschränkt:

- Die Pendel-Linie „Festhalle-Gartenstraße“ wird eingestellt. Für den Arbeitsbeginn und Schluß der Waffenfabriken laufen je nach Bedarf Einbahnwagen.
- Die letzten Wagen auf den bestehenden Linien laufen abends zu nachgenannten Zeiten:

- Linie 1** Rheinbasen-Durlach bzw. Durlach-Rheinbasen ab Rheinbasen nach Durlach 9 Uhr 49 Min. Durlach nach Rheinbasen 9 " 51
- Linie 2** ab Schlachthof nach Mühlburg 8 Uhr 8 Min. Mühlburg nach Schlachthof 8 " 52
- Linie 4** ab Friedhof nach Hauptbahnhof 8 Uhr 55 Min. Hauptbahnhof nach Friedhof 8 " 33
- Linie 5** ab Stöberstraße nach Hauptbahnhof 9 Uhr 59 Min. Hauptbahnhof nach Stöberstraße 10 " 8
- Linie 6** ab Hauptbahnhof nach Kühler Krug über Ettlingerstraße läuft von abends 10 Uhr 12 Min. ab Hauptbahnhof über Mühlburger Tor nach Mühlburg (nicht nach Kühler Krug).

- Letzte Wagen:** ab Hauptbahnhof nach Mühlburg 11 Uhr 12 Min. Mühlburg nach Hauptbahnhof 11 " 21
- Linie 7** ab Hauptbahnhof-Kühler Krug über Karlstr. 11,10 Uhr Kühler Krug-Hauptbahnhof 11,14

An Sonntagen sowie an höheren Feiertagen bleibt der Spätbetrieb wie bisher beibehalten. Auf der Linie 1 wird von abends 8 Uhr 11 Min. ab Durlach und von 8 Uhr 19 Min. ab Rheinbasen 10 Minuten-Wagenfolge eingerichtet. Die Bestellung von Sonderwagen für das Kongresshaus fällt weg.

Die Abfahrtszeiten der letzten Wagen ab Marktplatz sind die folgenden:

nach Durlach	9 Uhr 55 Min.	10 Uhr 5 Min.	10 Uhr 10 Min.
Rheinbasen	9 " 54 "	10 " 4 "	10 " 14 "
Stöberstraße	9 " 56 "	10 " 6 "	10 " 16 "
Friedhof	8 " 25 "	8 " 35 "	8 " 45 "
Schlachthof	11 " 46 "	11 " 50 "	11 " 56 "
Kühler Krug	9 " 50 "	10 " "	10 " 10 "
Mühlburg	11 " "	11 " 10 "	11 " 20 "

Ab Hauptpost fahren außerdem die letzten der Linie 7 nach Kühler Krug 10 Uhr 58 Min., 11 Uhr 8 Min. und 11 Uhr 18 Min., welche über Karlstraße nach Hauptbahnhof kommen.

Karlsruhe, den 12. August 1917. 621

Städtisches Bahnamt Karlsruhe i. B.

Betriebseinschränkung.



Mit Wirkung vom 16. August 1917 wird der Betrieb der Karlsruher Lokalbahnen in der Kriegsstraße zwischen Ettlinger-Platz und Schlachthofstraße stillgelegt und über „Feiertheimer Allee-Rathhstraße-Gartenstraße“ geführt. Hierbei werden folgende Änderungen vorgenommen:

Werktags.

Spöd-Dürmersheim.

Es wird verlegt Zug 32 wie folgt:

Ab Spöd	5.30 Uhr an Karlsruhe	6.28 Uhr
Karlsruhe	6.39 " "	Waffenfabrik 6.55 "
Waffenfabrik	7.05 " "	Grünwinkel 7.14 "
Grünwinkel	7.17 " "	Dürmersheim 7.51 "

Karlsruhe-Daglanden.

Es werden eingestellt:

1. Zug Nr. 61	Grünwinkel-Kühler Krug
2. " "	88 Kühler Krug-Daglanden
3. " "	21 Daglanden-Kühler Krug
4. " "	22 Kühler Krug-Daglanden
5. " "	63 Daglanden-Grünwinkel
6. " "	107 Grünwinkel-Kühler Krug
7. " "	106 Kühler Krug-Grünwinkel

Sonntags.

Spöd-Karlsruhe.

Es wird verlegt Zug 32 wie folgt:

Ab Spöd	6 Uhr 4 Min. an Karlsruhe	7 Uhr 2 Min.
Karlsruhe	7 Uhr 12 Min. und als Zug 38 weiter.	

Karlsruhe-Daglanden.

Es werden eingestellt:

1. Zug Nr. 66	Grünwinkel-Daglanden
2. " "	61 Daglanden-Grünwinkel
3. " "	22 Grünwinkel-Daglanden
4. " "	63 Daglanden-Kühler Krug
5. " "	65 Daglanden-Kühler Krug
6. " "	72 Kühler Krug-Daglanden
7. " "	94 Grünwinkel-Daglanden
8. " "	71 Daglanden-Kühler Krug
9. " "	82 Karlsruhe (Lokalbahnhof)-Grenzstraße
10. " "	27 Grenzstraße-Karlsruhe (Lokalbahnhof)

Es wird verlegt Zug 32 wie folgt:

Ab Kühler Krug	5 Uhr 20 Min. an Grünwinkel	5 Uhr 22 Min.
Grünwinkel	5 " 23 " "	Daglanden 5 " 30 "

Haltestellen-Änderungen.

Aufgehoben werden die Haltestellen: „Kronenstr.“ — „Hirschtr.“ — „Karlstr.“ — „Westenstr.“ — „Grenztr.“

Auf der Strecke zwischen Karlsruhe (Lokalbahnhof) Gleisdreieck Schillerstraße über Rathhstraße wird gehalten an: „Lokalbahnhof“ (Kapellenstraße), „Winterdenkmal“, „Karlstraße“, „Waffenfabrik“, „Gleisdreieck Schillerstraße“.

Karlsruhe, 12. August 1917.

Städtisches Bahnamt Karlsruhe i. B.

Bekanntmachung

über Vorräte aus früheren Ernten an Getreide, Mehl und Hülsenfrüchten usw. und Anmeldung der Selbstverfänger.

- Gemäß Bundesratsverordnung vom 21. Juni 1917 sind die mit Beginn des 16. August 1917 vorhandenen Mengen an Getreide, Mehl usw. anzugeben, die aus früheren Ernten (also nicht aus der Ernte 1917) stammen.
- In Frage kommen Vorräte an:
 - roggen, Weizen, Spelz (Dinkel, Fejen), Emmer, Einkorn, Gerste, Hafer, Erbsen einschließlich Futtererbsen aller Art, Bohnen einschließlich Ackerbohnen, Linen, Widn, Buchweizen, Hirse.
 - Mehl aus Brotgetreide und Gerste, allein oder mit anderem Mehl gemischt.
 - Schrot, Graupen, Gerste, Floken, allein oder mit anderen Rohstoffen oder Futtermitteln gemischt.
- Nicht angezeigbar sind Vorräte:
 - die durch den Kommunalverband an Verbraucher abgegeben sind.
 - Vorräte, die bei einem Besitzer an Brotgetreide oder anderem Getreide oder Hülsenfrüchten oder Buchweizen und Hirse einschließlich der aus der betreffenden Fruchtart hergestellten Erzeugnisse je 25 Kilogramm nicht übersteigen.
 - die im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaates, der Reichsgemeinschaft, der Zentralerwerbungsstelle oder der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte stehen.
- Somit kommen für die Anzeige nur in Frage die Vorräte der Landwirte, Bäcker, Konditoren und Händler.
- Anzeigepflichtig ist derjenige, der solche Vorräte im Gewahrsam hat.
- Die Anzeige ist getrennt nach den einzelnen Frucht- und Mehlsorten und nach Eigentümern auf vorgeschriebenen Erhebungsbogen zu erstatten. Alle Vorratsangaben sind in Zentnern und Pfund zu erstatten.
- Vorräte, die am 16. August unterwegs sind, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfang anzugeben.

Sollen Vorräte an Brotgetreide und Mehl deshalb der Verbandsregelung entzogen werden, weil sie angeblich nach dem 31. Januar 1915 aus dem Ausland eingeführt oder aus solchem Getreide hergestellt sind, so sind diese Mengen dem städtischen statistischen Amt schriftlich (also nicht auf dem für Ziffer I und III bestimmten Erhebungsbogen) anzugeben unter Angabe der Menge, Art und Beschaffenheit der Ware und des Nachweises der Einfuhr.

Wer als Selbstverfänger zugelassen werden will, hat, auch wenn er keine angezeigten Vorräte aus früheren Ernten besitzt, die auf dem Erhebungsbogen für Selbstverfänger gestellten Fragen zu beantworten. Die Entscheidung über den Antrag wird später getroffen.

1. Die Erhebungsbogen sind beim städtischen statistischen Amt (Zähringerstraße 98), bei den Polizeiwachen und bei den Gemeindefretariatsstellen erhältlich und daselbst bis spätestens am 20. August ausgefüllt wieder abzugeben.

2. Wer den Erhebungsbogen nicht richtig ausfüllt, hat sich für ihn dadurch entziehenden Nachteile selbst zuzuschreiben.

3. Erhebungsbogen ohne Unterschrift gelten als nicht abgegeben.

4. Wer zur Anzeige seiner Vorräte verpflichtet ist, sie aber nicht in der gesetzlichen Frist erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Karlsruhe, den 12. August 1917. 625

Das Bürgermeisteramt.

Für die städt. Dörranlage suchen wir zum sofortigen Eintritt eine größere Anzahl

Frauen und Mädchen.

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Zähringerstr. 100.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 2. Hälfte des Monats August 1917 findet nach Abgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen statt:

D. Z.	1 bis mit 2800:	Wittwoch, den 15. August 1917,
"	2801 " 5600:	Donnerstag, den 16. August 1917,
"	5601 " 8400:	Freitag, den 17. August 1917,
"	8401 " 11200:	Samstag, den 18. August 1917,
"	11201 " Schluß:	Montag, den 20. August 1917,

je nach vormittags von 8 Uhr bis 1/2 Uhr und nachmittags von 1/2 Uhr bis 6 Uhr, im großen Rathhauseaal.

Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgeschäfts muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.

Das Bürgermeisteramt.

Für die hiesige Stadtverwaltung suchen wir einige tüchtige

Büro-Hilfen

mit guter Schulbildung zum sofortigen Eintritt. Bewerber oder Bewerberinnen, die mindestens das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben, wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen über die bisherige Tätigkeit und Angabe der Gehaltsansprüche möglichst persönlich mit einem selbstgeschriebenen Angebot sofort melden.

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Zähringerstraße 100.

Für dringende Bauten werden

Bauhilfsarbeiter, Zimmerer und Beton-Facharbeiter

angestellt. Abstreifen, Leummundzeugnis, Personalausweis oder Reisepaß und zwei unaufgezogene Photographien sind mitzubringen. Zu melden täglich (mit Ausnahme Sonntags) vormittags von 9-12 Uhr, nachmittags von 2-4 Uhr bei

Baufirma H. Ref. Karlsruhe,

Mugartenstraße 6. 624

Hilfsarbeiterinnen gesucht.

Kunstdruckerei Künstlerbund Karlsruhe

G. m. b. H., Erbprinzenstraße 10. 623

Mädchen

finden Beschäftigung bei

H. Braun & Co., Karlsruhe, Waldstr. 28. 590

Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 22. Aug. 1917, vorm. von 9 Uhr findet im Kassenlokal des Leihhauses: Schwabenstr. 6, 1. Stod. die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder 22659 bis mit Nr. 24009 gegen Barzahlung statt. Das Versteigerungstotal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Kasse bleibt am Versteigerungstag sowie am Nachmittag des vorhergehenden Tages geschlossen. 630

Karlsruhe, 14. Aug. 1917. Städt. Pfandleihkasse.

Damentaschen

M. 2.75 an. Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstraße 34, 1 Tr.

Käufe

gebr. Möbel, Betten sowie ganze Haushaltungen, Handtücher zu hohen Preisen. — Komme ins Haus. — 627

Arnold Schap

Zähringerstraße 38.

Stadt. Konzerthaus

Dienstag, 14. August, 1/8 Uhr:

„Der Bettelstudent“.

Mittwoch, 15. August, 1/8 Uhr:

„Der liebe Augustin“.

Ausgekämmte Haare

kauft zu höchsten Preisen

Oskar Becker (Haarhandlung), Kaiserstr. 32.

Tüchtiger Bäcker

sofort gesucht von

J. Langs Buchhandlung

Waldstraße 13. 631

Nähmaschine

Wer eine solche, beste Qualität (neu), bei monatlicher günstiger Zahlung kaufen will, sende seine Adresse Zirkel 13, 2. St. 629